

Nr. 20/462

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/704](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/797](#))
2. Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/847](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. April 2021
(Drucksache [20/900](#))

Nr. 20/463

Präventive Schuldner:innenberatung weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. März 2021
(Neufassung der Drucksache [20/783](#) vom 20. Januar 2021)
(Drucksache [20/876](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Nr. 20/464

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. Mai 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 3. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 26. März 2021
(Drucksache [20/891](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 3. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

2. 15. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 26. März 2021
(Drucksache [20/892](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 15. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
3. Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2020

Mitteilung des Senats vom 13. April 2021
(Drucksache [20/899](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Konsolidierungsbericht 2020 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 20. April 2021
(Drucksache [20/917](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Fünfundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats
vom 21. April 2021
(Drucksache [20/922](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 25. Coronaverordnung

Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 27. April 2021
(Drucksache [20/930](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.
7. Änderung des § 88a der Geschäftsordnung

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 28. April 2021
(Drucksache [20/936](#))

Der § 88a der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 3. Juli 2019, die zuletzt durch Beschluss vom 17. Dezember 2020 geändert wurde, wird wie folgt geändert:

In Absatz 6 werden die Wörter „6. Mai“ durch die Wörter „31. Dezember“ ersetzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.
8. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/206](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung.

9. Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen: Jahresbericht 2020 - Land - nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO)

Bericht des Rechnungshofs vom 13. März 2020
(Drucksache [20/324](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2020 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

10. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2018 Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019 (Drs. [20/206](#)) und Jahresbericht 2020 - Land - des Rechnungshofs vom 13. März 2020 (Drs. [20/324](#))

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 30. April 2021
(Drucksache [20/940](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/465

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE sowie Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Historisches Urteil: Wirksames Klimaschutzgesetz schaffen und Freiheitsrechte junger Menschen erhalten!“

Nr. 20/466

Hasskriminalität gegen queere Menschen entschlossen entgegenzutreten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/836](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. seinen Einfluss geltend zu machen, damit Hasskriminalität in Deutschland künftig entsprechend den Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz erfasst wird;
2. ab dem Jahr 2021 neben der klassischen Polizeilichen Kriminalstatistik auch die dort nicht enthaltenen Landesdaten zur politisch motivierten Kriminalität nach dem Vorbild Berlins zu veröffentlichen und dabei queerfeindliche Straf- und Gewalttaten gesondert auszuweisen;
3. ein Konzept zu erarbeiten, um Menschen, die Opfer oder Augenzeug:in von Straftaten gegen queere Menschen geworden sind, zu ermutigen, Anzeige zu erstatten und auch den queerfeindlichen Hintergrund zu benennen;
4. entsprechend dem bestehenden Gewaltschutzkonzept für Geflüchtetenunterkünfte ein Schutzkonzept für queere Menschen, die in weiteren staatlichen Einrichtungen wie Wohnungslosenunterkünften und Justizvollzugsanstalten leben, zu erstellen, um sie vor queerfeindlichen Hassdelikten und Gewalttaten zu schützen;

5. sich auf Bundesebene und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass ein nationaler Aktionsplan für Vielfalt und zur Bekämpfung von Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit erarbeitet wird; erarbeitet werden soll der Aktionsplan von einer einzusetzenden Expert:innenkommission bestehend aus Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, LGBTIQ*-Organisationen, Wissenschaft, Justiz und Sicherheitsbehörden;
6. eine Studie zu queerfeindlicher Hasskriminalität in Bremen in Auftrag zu geben, die belastbare, empirische Daten zu Gewalttaten erhebt und das Dunkelfeld untersuchen soll;
7. dafür Sorge zu tragen, dass queerfeindliche Hasskriminalität künftig in angemessener Weise auch Gegenstand der Beratungen der Innenministerkonferenz sein wird;
8. sich im Bundesrat für die Änderung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz einzusetzen, um ein ausdrückliches Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu verankern.

Nr. 20/467

Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 30. September 2020

(Drucksache [20/638](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2020

(Drucksache [20/747](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/468

Bremisches Wohnraumschutzgesetz (WoSchG)

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/841](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/469

Alljährlich am Tag der Befreiung Flagge zeigen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 23. Februar 2021

(Drucksache [20/883](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass ab 2021 alljährlich am 8. Mai am Haus der Bürgerschaft die Bremer Landesflagge, die Bundes- und die Europaflagge gehisst werden.

Nr. 20/470

Projekt „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten für die Erstellung des jährlichen Arbeitsprogramms der EU-Kommission“

Bericht und Antrag des Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/942](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis und bittet den Präsidenten, die Stellungnahme an das CALRE-Sekretariat weiterzuleiten.

Nr. 20/471

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 18

vom 30. April 2021
(Drucksache [20/943](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/472

Zwischenbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“

Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“
vom 16. März 2021
(Drucksache [20/875](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Zwischenbericht der Enquetekommission Kenntnis.

Nr. 20/473

Neu aufgelegte DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven umsetzen und einhalten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 14. April 2021
(Drucksache [20/907](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einhaltung der neu aufgelegten DGE-Standards in den Küchen und Mensen der Schulen im Land Bremen sicherzustellen, auch durch regelmäßige Kontrollen;
2. die neu aufgelegten DGE-Standards dem Personal in den Küchen und Mensen zur Verfügung zu stellen und durch geeignete Maßnahmen wie Fortbildungen bei der Einhaltung der DGE-Standards zu unterstützen;
3. mit den Betreiber:innen, deren Nutzungskonzessionen vor 2010 abgeschlossen wurden, gemeinsam nach Wegen zur Erweiterung dieser Konzessionen zu suchen, sodass auch hier die DGE-Standards Grundlage des Angebots werden und deren Einhaltung insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Speisepläne in den Schulmensen sichergestellt wird;

4. dafür Sorge zu tragen, dass die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft von Lebensmitteln sowie die Auswirkungen der Produktion und des Verzehr auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima auch weiterhin im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen behandelt werden;
5. der Bürgerschaft (Landtag) ein Jahr nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen, in dem dezidiert Auskunft über den aktuellen Stand der Umsetzung gegeben wird.

Nr. 20/474

Den Aufbau einer internationalen „Klima-Universität“ im Land Bremen und in der Region vorantreiben, eine riesige Chance für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. April 2021
(Drucksache [20/921](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/475

Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/476

Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!

Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie Kenntnis.

Nr. 20/477

Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/478

Fragestunde

1. Gestiegener Konsum von Spice und dessen Nachfolgeprodukten an Schulen im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
 2. Haben die Themen Selbständigkeit und Gründen einen Platz in der beruflichen Orientierung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
 3. Nutzung des Nutri-Scores im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2021
 4. Belästigungen von Schüler:innen im Online-Unterricht?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2021
 5. Lernangebote für Schülerinnen und Schüler in den Ferien 2021
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwerser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. März 2021
 6. Erhalt von Gaststättenerlaubnissen in Zeiten der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 23. März 2021
 7. Landesmindestlohn für Beschäftigte der Werkstätten für behinderte Menschen?
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2021
 8. Infektiosität zweifachgeimpften Personals und Auswirkung auf die Maskenpflicht
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Wiederbelebung der Bremerhavener Innenstadt: Was passiert mit den Mitteln aus dem Bremen-Fonds?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021
- Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.
10. Schnelltests von Schüler:innen und Schulpersonal an den Schulen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021
 11. Ist die Kontaktnachverfolgung in Bremerhaven noch gewährleistet?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. März 2021
 12. Regenbogenfamilien endlich rechtlich gleichstellen
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 25. März 2021

13. Barrierefreiheit der Luca-App
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. April 2021
14. Wie ist der derzeitige Stand bei der Gasumstellung in Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021
15. Können die Vorgaben des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG) eingehalten werden?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021
16. Umsetzungsstand der Maßnahme „Perspektive Arbeit für Frauen“ (PAF)
Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 28. April 2021
17. Impfstatus und -bereitschaft der besonders gefährdeten Altersgruppe 80+
Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/479

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/375](#))

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache [20/878](#) erledigt.

Nr. 20/480

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung – Stärkung der Kinderrechte und redaktionelle Änderung des Artikel 148

Bericht und Antrag des 1. Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung vom 18. März 2021
(Drucksache [20/878](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des 1. Ausschusses nach Artikel 125 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 20/481

Nachbesserungen bei den Covid-19-Ausgleichszahlungen aus Bundesmitteln für Krankenhäuser

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2021
(Neufassung der Drucksache [20/925](#) vom 26. April 2021)
(Drucksache [20/941](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung für die Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser wie folgt geändert wird:
 - Sicherstellung der finanziellen Schutzmaßnahmen für die Krankenhäuser bis zum Jahresende 2021, damit die Häuser Planungssicherheit erhalten.
 - Bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen für das laufende Jahr müssen die Werte, unter anderem Inzidenzen, Referenzwerte, weiterhin an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Ausgleichszahlungen des Landes für freigehaltene Betten im Zuge der Covid-19-Pandemie bis zum Jahresende fortzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputationen für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz im Sommer 2021 über das Ergebnis der Initiative zu berichten.

Nr. 20/482

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Bekämpfung der Corona Virus SARS-CoV-2-Pandemie“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/483

Änderung der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/951](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 5. Mai 2021 (Drucksache [20/955](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Änderungsverordnung der Fünfundzwanzigsten Corona-verordnung sieht.

Nr. 20/484

First Things First: Physische und psychische Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche interdisziplinär beraten!

Antrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 4. Mai 2021
(Neufassung der Drucksache [20/926](#) vom 27. April 2021)
(Drucksache [20/952](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. möglichst kurzfristig einen digitalen Kinder-Corona-Gipfel einzuberufen, um mit relevanten Akteur:innen Bedarfe bei Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven zu identifizieren. Darauf aufbauend sollen weitere Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sind mindestens folgende Schwerpunktfragen zu behandeln:
 - a) Besteht der Bedarf an zusätzlichem psychologischen und pädagogischen Personal an den Bildungseinrichtungen, um digital und analog, während und nach der Pandemie die durch Corona entstandenen oder verschärften Beratungs- und Unterstützungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?
 - b) Wäre eine niedrigschwellige Kampagne sinnvoll, die Kinder und Jugendliche, Eltern und Institutionen über Hilfsangebote informiert, und wenn ja, wie kann diese aussehen?
 - c) Sind die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit sowie Einrichtungen des Kinderschutzes ausreichend ausgestattet, um möglicherweise erhöhten Bedarfen gerecht werden und um pandemiegerechte Angebote entwickeln zu können, und wenn nicht, welche weiteren Bedarfe gibt es?
 - d) Wie kann der aktuelle Bedarf an Therapie- und Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche (zum Beispiel in der Psychotherapie und Psychiatrie) erfasst und gegebenenfalls der Ausbau des Bremer Therapie- und Beratungsnetzwerkes vorangetrieben werden? Hier ist auch an interkulturelle und mehrsprachige Therapieangebote zu denken.
 - e) Wie kann das Betreuungs-, Freizeit- und Lernangebot für die Ferienzeiten in den kommenden Jahren quantitativ und qualitativ für Kinder und Jugendliche ausgeweitet und pandemiefest aufgestellt werden?
 - f) Sind die Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit familiären Gewalterfahrungen ausreichend oder müssen sie in Umfang und Intensität angepasst werden?
 - g) Sind die Angebote für Kinder und Eltern in einzelnen Stadtteilen und Quartieren bedarfsdeckend, auch im Hinblick auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Aspekte?
 - h) Muss in Stadtteilen und Quartieren mit einer hohen Armutsquote zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal in den Häusern für Familien sowie Stadtteil- und Familienzentren zur Verfügung gestellt werden, um digital und analog, während und nach der Pandemie die durch Corona entstandenen oder verschärften Beratungs- und Hilfsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?
2. nach drei Monaten der staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration und der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vom Kinder-Corona-Gipfel ausführlich über Bedarfe und Maßnahmen zu berichten und künftig im Abstand von sechs Monaten über die Fortschritte in den jeweiligen Zuständigkeitsfeldern zu informieren.
3. sich auf Bundesebene für ein bund- und länderübergreifendes Aktionsbündnis für Kinder- und Jugendgesundheit einzusetzen, welches weitere pandemiebedingten Bedarfe im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf Bundesebene identifiziert, zielgerichtet Maßnahmen koordiniert und die Länder in ihren Aktivitäten unterstützt.

Nr. 20/485

„Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt an, dass Musikclubs und die Clubkultur im Allgemeinen einen wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens bilden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen musikalische beziehungsweise kulturelle Angebote in Clubs im Rahmen der Kulturförderung Unterstützung erhalten könnten. Hierbei sind einzelne Programme, Veranstaltungen oder Konzerte, die sich wirtschaftlich nicht selbst tragen, in den Blick zu nehmen. Außerdem möge der Senat prüfen, ob finanzielle Mittel zur Realisierung einer solchen Förderung im Doppelhaushalt 2022/2023 bereitgestellt werden könnten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt darüber hinaus an, dass Musikclubs über ihre kulturelle Bedeutung hinaus ein wichtiger Standortfaktor sind und die Ansiedlung von Unternehmen der Musik- und Kreativwirtschaft begünstigen, den Tourismus stärken und die Attraktivität der Stadt für junge Arbeitnehmer:innen erhöhen, und hält es daher für geboten, Musikclubs auch weiterhin im Rahmen der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung zu unterstützen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei zukünftigen Planungen im Umfeld von bestehenden Spielstätten und Musikclubs das „Agent of Change Prinzip“ anzuwenden, um diese Kultureinrichtungen vor Verdrängung zu schützen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Musikclubs – in Abgrenzung zu Diskotheken – als Anlagen für kulturelle Zwecke anerkannt werden und die baurechtliche Benachteiligung aufgehoben wird.

Nr. 20/486

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
2. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))
3. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2020
(Drucksache [20/444](#))

4. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 3. Dezember 2020
(Drucksache [20/732](#))
5. Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen schützen!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 23. März 2021
(Drucksache [20/882](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/937](#))
6. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/698](#))
7. Lebenslanges Lernen als Berufsqualifizierung: Wird die Fort- und Weiterbildungsstruktur im Land Bremen dem Anspruch guter Bildungsqualität gerecht?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 30. November 2020
(Drucksache [20/725](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/851](#))
8. Wie kommt Bremerhaven durch die Corona-Pandemie?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/752](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2021
(Drucksache [20/825](#))
9. Welche Bedeutung hat die faire Verteilung und Organisation von Sorgearbeit in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2020
(Drucksache [20/754](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/852](#))
10. Wird die Corona-Pandemie geschlechtergerecht bewältigt?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. Dezember 2020
(Drucksache [20/761](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/853](#))
11. Prävention, Deradikalisierung und Gefahrenabwehr im Bereich Islamismus
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021
(Neufassung der Drucksache [20/763](#) vom 21. Dezember 2020)
(Drucksache [20/837](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/871](#))

12. International verpflichtendes Meldesystem für auf See verlorengangene Container einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/791](#))
13. Arbeitsschutz stärken, Beschäftigte schützen
Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/800](#))
14. Die EU-Whistleblower-Richtlinie umfassend umsetzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 27. Januar 2021
(Drucksache [20/802](#))
15. Bleimunition verbieten! – Gesetz zum Verbot bleihaltiger Munition bei der Jagdausübung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/776](#))
16. Bienenbestand im Land Bremen statistisch erfassen und schützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/811](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/840](#))
17. Kindersicherheit stärken, Bußgelder erhöhen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/812](#))
18. Faxgeräte in der Bremer Verwaltung überflüssig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN
vom 9. Februar 2021
(Drucksache [20/813](#))
19. Stufenweiser Wiedereinstieg: Sport ermöglichen und Gesundheit schützen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. Februar 2021
(Drucksache [20/845](#))
20. Täterarbeit als Prävention
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. Januar 2021
(Drucksache [20/793](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/872](#))
21. Homeoffice im bremischen öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktion der CDU
von 9. Februar 2021
(Drucksache [20/819](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. April 2021
(Drucksache [20/918](#))

22. Antrag auf Erlass einer verbindlichen Kleiderordnung für Abgeordnete und Mitarbeiter in der Bremer Bürgerschaft
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 1. März 2021
(Drucksache [20/849](#))
23. Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/856](#))
24. Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. November 2020
(Drucksache [20/724](#))
25. Kleine Schritte, große Wirkung: Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen aus Familien im ALG-II-Bezug verbessern
Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 8. März 2021
(Drucksache [20/859](#))
26. Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2021
(Drucksache [20/869](#))
27. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/274](#))
28. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Angelegenheit der Häfen im Lande Bremen
vom 18. März 2021
(Drucksache [20/877](#))
29. Wirksames Luftfilterprogramm aufsetzen: Öffnungen ermöglichen und Leben retten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. April 2021
(Drucksache [20/935](#))
30. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
31. Den Verlust von Containern in der Seeschifffahrt effektiv verhindern
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/944](#))